

# GdP

Gewerkschaft  
der  
Polizei



## Aktuell



## **Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ... ein verpflichtendes Thema für die GdP!**

***Der tägliche Dienst wird zunehmend härter. Immer öfter sehen wir uns Gewaltbereiten gegenüber, die ihre Aggressionen auslassen und total respektlos gegenüber den Menschen, ihrer Wut unkontrollierten Lauf lassen. Nicht selten erleiden Kolleginnen und Kollegen dabei schwere Schäden an Körper und Seele. Mit großer Sorge verfolgt die Gewerkschaft der Polizei bereits seit Monaten dieses brisante Thema, weist auf die zunehmende Gewalt gegen die Polizei hin und fordert Konsequenzen von den politisch Verantwortlichen.***

Die Initiativen der GdP haben dazu geführt, dass Bund und Länder sich entschlossen haben, die Studie „Gewalt gegen Polizisten“ in Auftrag zu geben. Die größte Polizeistudie, die es jemals gab, soll Auskunft darüber geben, wie die Betroffenen die Lage einschätzen, welche persönlichen und technischen Veränderungen die polizeiliche Basis für angebracht hält und welche Anforderungen sich an den Gesetzgeber ergeben. Der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow wies darauf hin, dass sich auch Schleswig-Holstein an dieser Studie beteiligt.

„Wir haben als GdP die Forschung initiiert, unterstützen sie aktiv und auch finanziell. Die Ergebnisse erhalten wir zur Bewertung und werden unsere gewerkschaftlichen Initiativen entsprechend für den Schutz der Kolleginnen und Kollegen ausrichten“, so GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg in einer ersten Bewertung.

Die Befragung, bei der bis zu 260.000 Polizistinnen und Polizisten per eMail angeschrieben werden, soll Ende Oktober beginnen. Sie wird durchgeführt durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) und steht unter Leitung von Prof. Dr. Pfeiffer.

Die GdP hat zudem als eigenständiger Vertragspartner mit Prof. Dr. Pfeiffer eine Ergänzungsstudie vereinbart, die Fragen zur Fürsorge, Ausbildung und Ausrüstung betreffen.

GdP-Landesvorsitzender Oliver Malchow: „Die Ergebnisse sind wichtige Grundlagen für die weiteren Betrachtungen der politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern und der weiteren Arbeit der GdP. Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, sich aktiv in die Studie einzubringen.“

Der Landesvorstand